

Franke, Albert

Wo kommen wir her? Wo treibt man uns hin?

Zeitschrift für Entwicklungspädagogik 14 (1991) 3, S. 10-13



Quellenangabe/ Reference:

Franke, Albert: Wo kommen wir her? Wo treibt man uns hin? - In: Zeitschrift für Entwicklungspädagogik 14 (1991) 3, S. 10-13 - URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-242821 - DOI: 10.25656/01:24282

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-pedocs-242821>

<https://doi.org/10.25656/01:24282>

in Kooperation mit / in cooperation with:

ZEP Zeitschrift für internationale Bildungsforschung
und Entwicklungspädagogik

"Gesellschaft für interkulturelle Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik e.V."

<http://www.uni-bamberg.de/allgpaed/zep-zeitschrift-fuer-internationale-bildungsforschung-und-entwicklungspaedagogik/profil>

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.

This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

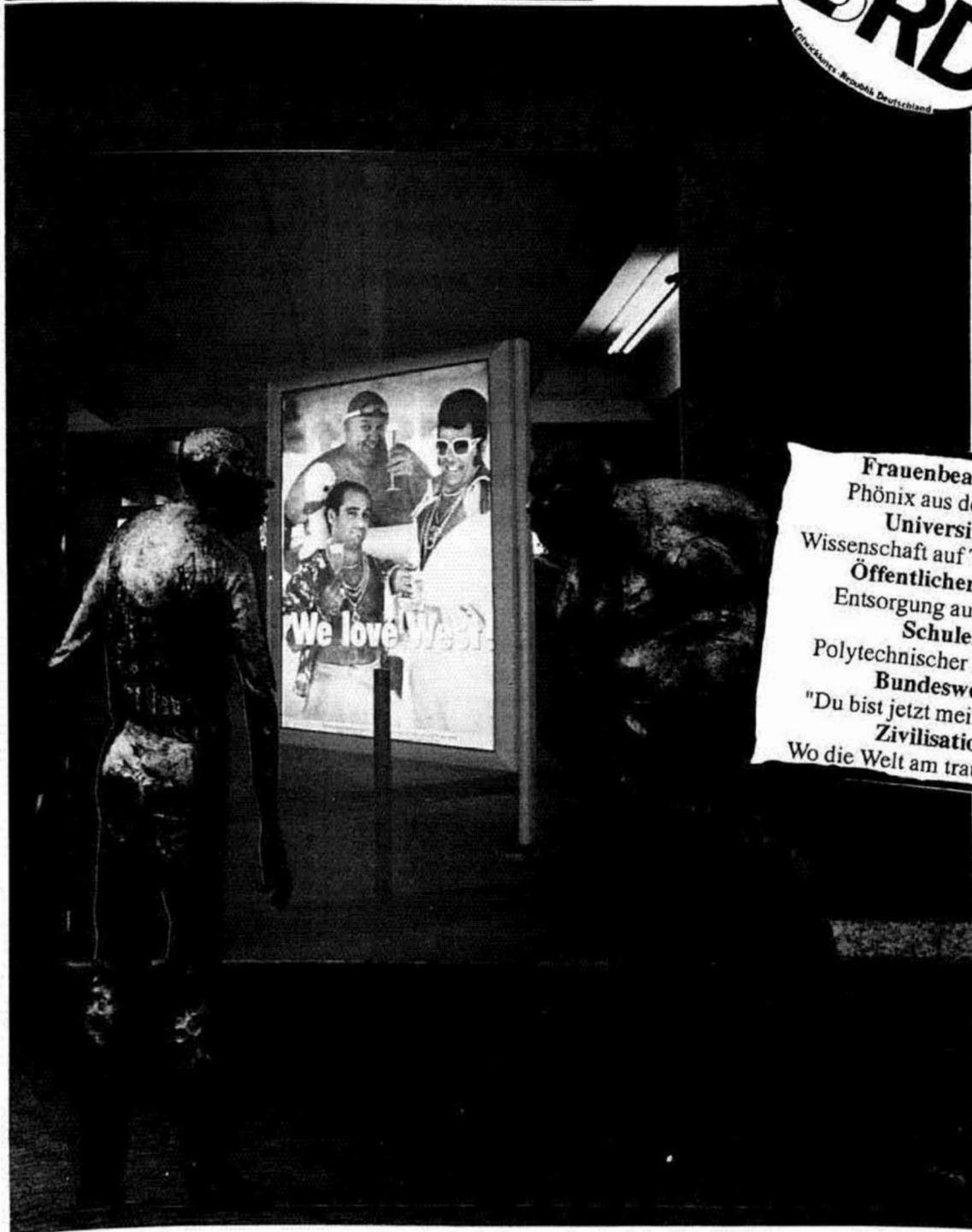
Digitalisiert

Mitglied der


Leibniz
Leibniz-Gemeinschaft

Deutschland
Ost - West

ZEP



Frauenbeauftragte
Phönix aus der Asche?
Universitäten
Wissenschaft auf Tauchstation
Öffentlicher Dienst
Entsorgung auf deutsch
Schulen
Polytechnischer Abgang
Bundeswehr
"Du bist jetzt mein Freund"
Zivilisation
Wo die Welt am traurigsten ist

Zeitschrift für Entwicklungspädagogik. Sozialer Wandel als Herausforderung für Philosophie und Pädagogik. 14. Jahrgang, Oktober 1991. Heft 3. ISSN 0175-0488 D. Preis: 7,- DM.

Zeitschrift für Entwicklungspädagogik

Sozialer Wandel als Herausforderung für Philosophie und Pädagogik

14.Jahrgang

Oktober

3

1991

ISSN 0175-0488D

Inhalt:

Louise Jochims	2	Mehr gestellt als Gleich Eindrücke einer frauenpolitischen Begegnungswoche mit Gleichstellungsbeauftragten in Dresden, Meißen und Leipzig
Albert Franke	10	Wo kommen wir her? Wo treibt man uns hin?
	13	Nicht geeignete Personen für öffentlichen Dienst
	14	".. Berufswechsel ist nahezulegen"
	15	"Entlassung ist vordringlich.."
Frank Ahlers	17	DDR-Schulen im Umbruch Ein Rückblick in Fakten und Zahlen
H.-P. von Kirchbach	20	Zusammenwachsen lernen oder: Über den schwierigen Versuch aus Feinden Freunde zu machen
ZEPpelin	26	Es fährt ein Zug nach irgendwo...
	27	Entwicklungspädagogische Initiative in Ostdeutschland
United Nations	28	Auszüge aus dem "Human Development Report" 1991
Kommentar	34	Bildung 2000: Dornröschenschlaf der Bildungspolitik?
	35	Leserbrief
	36	Rezensionen
	40	Informationen

Impressum: ZEP - Zeitschrift für Entwicklungspädagogik. Sozialer Wandel als Herausforderung für Philosophie und Pädagogik. 14.Jg 1991 Heft 3. Die Zeitschrift erscheint im Verlag Schöppe & Schwarzenbart Tübingen / Hamburg. Herausgeber: Gesellschaft zur Förderung der Entwicklungspädagogik GfE Geschäftsführender Herausgeber: Alfred K. Tremel Redaktionsanschrift: 2055 Dassendorf, Pappelallee 19, Tel. 04104/3313. Redaktions-Geschäftsführer: Arno Schöppe, Tel. 040/6541-2921. Redaktion: Prof.Dr. Asit Datta, Hannover; Dr. Hans Gängler, Dortmund; Pfr. Georg-Friedrich Pfäfflin, Stuttgart; Dipl.Päd. Ulrich Klemm, Ulm; PD Dr. Gottfried Orth, Karlsruhe; Klaus Seitz M.A., Nellingsheim; Prof.Dr. Alfred K. Tremel, Hamburg. Kolumne: Barbara Toepfer (ZEPpelin), Amöneburg; Ständige Mitarbeit: Irene Gocht (Lyrik, Kurzprosa), Tübingen; Achim Heinrichs (Fotos), Tübingen. Technische Bearbeitung/EDV: Heike Selinger, Britta Stade, Claudia Stern (incl. Layout) Anzeigenverwaltung: Verlag Schöppe & Schwarzenbart, Nonnengasse 1, 74 Tübingen, Tel.: 07071/22801. Verantwortlich i.S.d.P.: Arno Schöppe für den Themenschwerpunkt; im übrigen der geschäftsführende Herausgeber Titelbild: Achim Heinrichs Fotos: Achim Heinrichs, Tübingen (sowie div. Privatfotos);

Anmerkung: Generische Maskulina werden im Text, falls von den Autoren nicht anders vermerkt, dem Sprachgebrauch im Deutschen entsprechend, geschlechtsneutral verwendet.

Erscheinungsweise und Bezugsbedingungen:

erscheint vierteljährlich; Jahresabonnement DM 28,- Einzelheft DM 7,-; alle Preise verstehen sich zuzüglich Versandkosten; Zu beziehen durch alle Buchhandlungen oder direkt vom Verlag. Abbestellungen spätestens acht Wochen vor Ablauf des Jahres.

Verlagsanschrift: Verlag Schöppe & Schwarzenbart, Nonnengasse 1, 74 Tübingen, Tel.: 07071/22801. ISSN 0175-0488 D

Albert Franke

Wo kommen wir her? Wo treibt man uns hin?

In den Universitäten der ehemaligen DDR ist die "Abwicklung" in vollem Gange. Hinter dem Begriff "Abwicklung" verbirgt sich ein Vorgang, der Wissenschaftler Ostdeutschlands von der "Begutachtung" westlicher Kollegen abhängig macht. Eine solche Prozedur bietet, so der Autor dieses Artikels, keinerlei Chance der gestaltenden Mitwirkung der Betroffenen. Die erhoffte Entpolitisierung der SED-Hypotheken schlägt um in einen wiederum politisch eingefärbten Karrierismus. Die Konsequenzen: Abneigung gegen Deutschland, Rassismus, politische Radikalisierung. (as)

Das Bildungs- und Kultursystem Ostdeutschlands war streng hierarchisch gegliedert. "Das Ministerium" war die Schaltstelle der Macht. Es koordinierte die Tätigkeit der unterstellten Ebenen und Bereiche. Jede Abstimmung erfolgte durch verbindliche Anweisungen - im Sinne militanter Prinzipien des Befehls. Die Abstimmung war dementsprechend einseitig orientiert.

Auf den Ebenen und in den Bereichen reproduzierte sich diese Form der Koordinierung. Die interpersonalen Verhältnisse waren objektiv durch Überordnung und Unterordnung geprägt. Die Sprache des Alltags hatte dafür den treffenden Begriff des "Radfahrer-Verhaltens" gefunden; nach oben "buckeln" und nach unten "treten".

War auf einer untergeordneten Ebene bzw. in einem untergeordneten Bereich (z.B. einer Hochschule) das Management bewußt an einer hohen Effizienz interessiert und vertrat humanistische Prinzipien, dann bestand eine gewaltige Anstrengung in der Organisation gegenläufiger Prinzipien der Koordinierung. Der Betriebszweck erforderte den Versuch der Gestaltung von Demokratie, um die Inhalte mit den Beschäftigten am besten zu erreichen. So seltsam dieser Hinweis in den Ohren eines demokratisch geschulten Lesers auch klingen mag, der Beispiele gab es viele.

Im direkten Verstoß gegen das hierarchische Grundprinzip der Leitungstätigkeit des ehemaligen Ministeriums für Volksbildung unter Frau Honecker erfolgte während des Aufbaus der Pädagogischen Hochschule Neubrandenburg,

abgestuft durch die Leitungen der Ebenen und Bereiche, die Führungstätigkeit der Institutionen im Sinne eines komplexen Gebildes mit vielen Beschäftigten und verschiedenen inhaltlichen Funktionen. Mit dieser inhaltlich orientierten Auffassung von Koordinierung hochschulinterner Aktivitäten war a priori die Hochschulleitung durch eine Person nicht möglich. Die Führungstätigkeit an der Pädagogischen Hochschule Neubrandenburg entfaltete sich in der sehr kurzen Zeit ihres Aufbaus, gegen den massiven Widerstand des Ministeriums in Ostberlin und der zahlreich vorhandenen Vertreter der hierarchischen Führungsauffassung anderer Institutionen, als Koordinierung durch Personengruppen mit abgestuften Befugnissen.

Die autoritäre Koordination ist über einen Zeitraum in der minderen Qualität, die mit zur Zerstörung des Systems geführt hat, gelungen, weil im ostdeutschen Bildungs- und Kultursystem eine umfangreiche und alles beherrschende Bürokratie entwickelt wurde. Diese Bürokratie mußte sich eine außerordentlich große Fülle von Informationen beschaffen und auswerten. Der "Apparat" wurde durch das Zentralkomitee mit seinen Büros und Abteilungen geführt und bestand mit dem Zentralkomitee der SED an der Spitze aus Institutionen des Staates und der Parteien auf zentraler, Bezirks- und Kreisebene. Für die autoritäre Koordinierung des ostdeutschen Bildungs- und Kultursystems waren also nicht nur ein Ministerium und die SED verantwortlich. Eine Hochschule war vom Prinzip der autoritär-hierarchischen Koordinierung her allen Ministerien, allen Parteien und gesellschaftlichen Organisationen untergeordnet

und das auf jeder Ebene ihrer Existenz. Dem autoritären Charakter der Koordinierung entsprechend, hatte man sich unterzuordnen.

Zur Koordinierung der inhaltlichen Aufgaben versuchte die Bürokratie, Pläne zu entwerfen. Deren Abstimmung aufeinander war letztlich unmöglich. Gegenpläne wurden zeitweilig provoziert, Pläne meistens am Ende des gegebenen Zeitraums revidiert. Die Einhaltung der Pläne wurde kontrolliert. Das war sachlich möglich durch das Verfügungsrecht über die Institutionen und Personen. Die Durchsetzung der Pläne war aber letztlich dadurch auch nicht möglich. Die Anreizinstrumente gestatteten dem System quantitativ und qualitativ keine Souveränität. Lohn, Prämie, öffentliche Auszeichnungen, berufliche und soziale Aufstiegschancen, leistungsabhängige Sozialleistungen und auch Sanktionen reproduzierten Autorität und begrenzten letztlich immer die Individualität.

Die Hochschulen und alle anderen Institutionen waren in ihren ureigenen Entscheidungsmöglichkeiten absolut begrenzt. Alle grundlegenden Entscheidungen wurden zentral getroffen. Vor Ort konnte nur ausgeführt, interpretiert, kommentiert oder gegen die Autorität verstoßen werden. Die zentral getroffene Entscheidung hatte a priori politischen Charakter. Ob eine zentrale Entscheidung individuelle Ziele berücksichtigte, hing von der Bereitschaft und Fähigkeit der politischen Führung ab, auf den untergeordneten Ebenen und Bereichen individuelle Entfaltungsspielräume zu gestatten. Die Institutionen nutzten ihre Nähe zur politischen Führung, ihren Anteil an der politischen Macht, damit individuelle bzw. institutionsspezifische Zielstellungen bei zentralen Entscheidungen berücksichtigt werden konnten. Schwierig war es für Personen und Institutionen, die sich einer solchen Stellung in der Transformation der politischen Macht verweigerten. Sie konnten letztlich nur mit ihrer fachlichen Souveränität durch organisatorische

Möglichkeiten oder durch die Demonstration eines Mehrheitswillens an der Basis den Versuch unternehmen, Einfluß auf grundlegende Entscheidungen zu gewinnen.

Der autoritäre Charakter der Koordinierung wurde ideologisch getarnt durch den vorgetäuschten Willen bzw. Glauben der Machthabenden des alles beherrschenden Parteien- und Staatsapparates, im Interesse des "Volkes", der "Klassen und Schichten", der "Menschen" bzw. der "friedliebenden Menschheit" zu handeln. Autorität stellte sich als Handeln einer Elite über Unmündige dar. Mit dem Apparat verfügte die Elite über die erforderlichen Informationen. Ihre Ideen wurden als Gemeinwohl ausgegeben und als moralisch wertvoller gegenüber allen sich davon unterscheidenden Ideen bewertet. Die nicht an der Elite Orientierten oder Teilhabenden unterlagen einer ständigen Propaganda und konnten sich nur schwer davor schützen.

Im System des patriarchalischen Sozialismus - ob in der Volksrepublik China, der UdSSR, der DDR oder in Cuba - bestimmte die autoritär-hierarchische Koordinierung Denk- und Verhaltensweisen, die mit der Revolution 1989 nicht "über Nacht" aus der Welt geschaffen werden konnten. Auch der Rechtsstaat Bundesrepublik Deutschland vermag das nicht sofort. Es bedarf da einiger Zeit, die kompliziert sein wird, weil alte Traditionen des Denkens und Verhaltens bei den "gelernten DDR-Bürgern" nur in der tatsächlichen Praxis von Recht und Demokratie überwunden werden können und alte wie neue (!) Seilschaften sich mit der autoritär-hierarchischen Koordinierung auch heute noch bzw. schon wieder gut auskennen.

Der patriarchalische Sozialismus hatte Vorgehensweisen genutzt, vor denen auch heute noch zu warnen ist, weil sie parat sind und gegen die Interessen der Bürger an Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gebraucht werden. Als Beispiele seien aufgeführt:

- die Ungeduld der Massen, bestimmter sozialer Gruppen (Jugendliche),
- die jeder Massenbewegung immanenten utopischen und gleichmacherischen Tendenzen,
- das Streben der politischen Führung nach dem schnellstmöglichen Erreichen des Ziels,
- die Gleichschaltung sozialer Gruppen einschließlich ihrer politischen Ziele,
- das Auslassen von Möglichkeiten zur demokratischen Mitsprache,
- die Ignoranz gegenüber Alternativen (Gruppen und Ideen),
- die Vergrößerung des Widerspruchs bzw. der Kluft zwischen Ideal und Wirklich-

- keit, zwischen politischen Bekenntnissen und ausbleibenden Erfolgen,
- die Nutzung der Medien zur Verzerrung oder Verfälschung von Tatsachen,
- die Ignoranz der Gesetzlichkeit im Interesse politischer Zweckmäßigkeit (was der Politik ihrer moralischen Grundlage beraubt),
- die Reproduktion der Machtpyramide mit dem Verteilen von Ideen, Anweisungen etc. an die Ausführenden.

Diese Verhaltensweisen erfahren bei der deutschen Vereinigung eine Restauration.

Die Mehrzahl der in Bildung und Kultur der DDR Tätigen arbeiteten, um sich für die Menschen im Lande, besonders für die Jugend, nützlich zu machen. Nur wenige ordneten sich der herrschenden Elite unter und versuchten so, sich zur Elite aufzuschwingen. Die meisten Menschen fügten sich ein. Die übergroße Mehrheit unter den Ostdeutschen hoffte auf einen menschenwürdigen Sozialismus und hatte dabei Vorstellungen von einem Leben in ihrem Teil Deutschlands mit einem gesichert guten Lebensniveau.

Wohl alle in Bildung, Kultur und Wissenschaft wußten um die engen, systembedingten Grenzen, um die absolute Integration der DDR in das sowjetische System und waren enttäuscht von den Lippenbekenntnissen der westdeutschen und europäischen Politik bezüglich eines geeinten Europas oder der Einheit aller Deutschen. Die Niederlage des Prager Frühlings 1968 brachte es deutlicher denn je an den Tag. Erst Helsinki und die polnische "Solidarität" ließen neue Hoffnungen keimen; der Staatsbesuch Honeckers in Westeuropa ließ sie wieder schwinden.

Einigen in den genannten Bereichen blieb nicht verborgen, daß der Realsozialismus des sowjetischen Systems national wie international nicht in der Lage war, durch eine erforderlich hohe Entwicklung der Produktion den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Aufstieg des Volkes zu gewährleisten. Dem Realsozialismus war nur ein zeitlich bemessenes Auftreten in der Geschichte des XX. Jahrhunderts gestattet. Er hatte nicht nur gravierende Existenzprobleme, sondern auch fehlende Entwicklungspotenzen in der Haltung der Menschen zum System. Diese Haltung entwickelte sich aus anfänglichem systembejahenden Ausnutzen wieder zur Ablehnung des autoritär-hierarchischen Systems.

Die DDR ist zusammengebrochen und diskreditiert. Ist damit auch das Ende für die Zukunftsaussichten der Menschen gekommen oder nur für die in Bildung, Kultur

und Wissenschaft Beschäftigten? Forderungen sind nicht zu überhören: Die West-Hochschulen sollen an die Stelle der Ost-Hochschulen treten. Die West-Professoren sollen an die Ost-Hochschulen übersiedeln, weil sie die Traditionen des wissenschaftlichen Pluralismus fortgesetzt haben. Man sollte die Ost-Hochschulen bereinigen und den Palast der Republik in Berlin abreißen. "Zur historischen Reinigung gehören immer auch symbolische Akte. Wenn wir mit ängstlicher Denkungsart einer würdigen, überzeugenden Sanierung der früheren DDR ausweichen, werden wir erneut bei der Vergangenheitsbewältigung versagen."¹

Besitzermentalität. Die neuen Bundesländer als "Beitrittsgebiet". Menschen, Deutsche - solche "1. Klasse" und solche "2. Klasse"! Oder kann man sich vorstellen, daß ein fachlich versierter Ost-Professor an einer West-Hochschule lehren darf? Und so schließt man messerscharf, das nicht sein kann, was nicht sein darf.

"Das Elend im Beitrittsgebiet der Ostdeutschen ist groß, größer aber ist das Elend in den Köpfen der selbsternannten Obergutachter"

Der Herr Innenminister Schäuble sprach es vor den Schriftstellern aus, was im neu vereinigten Deutschland aus seiner Sicht wünschenswert wäre.

- Es wird erwartet, daß der Rechtsstaat in der Bundesrepublik Deutschland die ostdeutsche Revolution vollendet und nachholt, was zuvor unterblieben ist, was unterbleiben mußte.

- Man kann nicht mit den Mitteln des Rechtsstaates versuchen, einen Umsturz nachzuholen, Köpfe rollen zu lassen, Strafen zu verhängen, für die es keine justitiablen Strafbestände gibt.

Nicht zu übersehen war, daß alle unter dem Eindruck lebten, in eine bestimmte Rolle gedrängt worden zu sein. Sie sollten nicht Ideenproduzenten, sondern Kopisten sein, die einmal Gelerntes ein Leben lang wiederholten. Eine verschwindende Minderheit hatte Ideen. Sie wurde früher unterdrückt und wird heute abgewickelt. Ähnlich wie andere Beschäftigte in Industrie

und Landwirtschaft empfanden die wissenschaftlichen Mitarbeiter nicht, Lohn für Leistung zu empfangen. Sie wurden erzogen, einen Anspruch auf Versorgung zu haben. Nur wenige wollten Leistung und nahmen als Äquivalent ihre moralische Einstellung. Der Wert eines Menschen war ihnen bestimmt durch den Nutzen, den sie ihren Mitmenschen brachten. Die Wenigen, die Leistung wollten und brachten, werden heute bereinigt.

Das Streben, sich im Beruf zu profilieren, hatte in der DDR keine ausgeprägte Tradition. Politische Bekenntnisse wurden vorrangig gefördert. Leider hat diese Tradition ihre Fortsetzung gefunden. Hoch leben die Politikkarrieristen und ihre Vorreiter in den Parteien. Die Abwicklung ist eindeutig orientiert. Egal, ob sich ein Hochschullehrer reformieren kann oder nicht - die künftige Dozentenschaft wird westlich durchmischt sein. Im Osten werden über drei Viertel ihren Job verlieren. Im Westen wird man denen aus dem Osten keine Chance lassen. Solidarität? Ungleiches Wettbewerbs! Viele im Osten werden aus den Hochschulen gewiesen! "Und vielen von ihnen wird niemand irgendeine persönliche Schuld zurechnen können und wollen".² Abwicklung bedeutet für jeden Betroffenen: kein Gespräch. Keine echte Begründung, warum überhaupt und warum gerade sie. Das ist von billigster politischer Moral. Nach dem 3. Januar 1991 hätte man individuell kündigen müssen. Jeder Betroffene hätte sich so zur Wehr setzen können mit den Mitteln des Rechtsstaates. Doch die praktizierte Abwicklung pauschalisiert. Die Auswahl der Einrichtungen war oberflächlich. Alle Institute waren ideologisch infiziert, nur manche trugen als äußeres Zeichen einen eigens dafür geschaffenen Begriff. Die mit "Marxismus-Leninismus", "Wissenschaftlicher Kommunismus" bedacht waren, müssen sterben, die in "marxistisch-leninistischer Literaturtheorie" oder "marxistisch-leninistischer Pädagogik" lehrten, dürfen gnädigerweise überleben.

Mit Hilfe der westdeutschen Presse wird die Forderung erhoben, "belastete" Hochschullehrer und Studenten auszugrenzen. Als Gründe werden dafür angeführt, daß z.B. noch im Februar 1990 70% der Leipziger Studenten gegen die Wiedervereinigung stimmten, 80% der Professoren in der SED waren, viele Funktionen hatten. Daraus ergibt sich zwangsläufig die Frage: Was wird mit den Funktionären ("Abgeordneten") der Bundestagsparteien oder Länderparlamente? Ministerpräsidenten der neuen Länder, Minister von CDU und FDP, alle schworen noch zu dieser Zeit auf den Sozialismus, auf die Entwicklung der DDR. Wann beginnt die Hatz auf jene

"untadeligen" Demokraten? Hat die SPD die Gunst der Stunde schon genutzt? Ist sich diese Partei sicher, in ihren Reihen keine Altstalinisten zu besitzen? Sind in der CDU die Selbstreiniger am Werke? Dem Herrn Bundesminister Prof. Krause hat der SPD-Verkehrspolitiker Kretkowski vorgeworfen, eine "stalinistische Personalpolitik" zu betreiben. Er setze sich "in stalinistischer Weise über Bedenken und Anregungen seiner Mitarbeiter hinweg" und sei als Minister "in unserem Staat untragbar".³ Zuerst werden die kreativen Teile aus Bildung, Kultur und Wissenschaft vernichtet, dann kommen die Politiker dran. Alles, was aus dem Osten kommt, erfährt sein Schicksal. Ob offen oder verdeckt, heute gegen Hochschullehrer und morgen gegen Politiker, die Aktionen werden von Leuten vorgetragen, denen die sozialen Komponenten in den westlichen Ländern ein Dorn im Auge sind. Sie schlagen den östlichen Ländern vor, was sie in ihren eigenen Ländern nicht erreicht haben. Dazu gehören der wahre Sozialstaat, Hilfe für die Armen, Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, gerechte Einkommensverteilung, Verantwortung des Staates für Bildung, Kultur und Wissenschaft, für Arbeitsplätze. Die heutigen Zeichen sprechen eine deutliche Sprache. Die großen Ratgeber und Nutznießer der deutschen Vereinigung akzeptieren Arbeitslosigkeit, Inflation, den Rückgang des Lebensniveaus und neue Gräben in Deutschland. Das Wirken als Therapie in ihrem Sinne. Eine neue Arbeitsmoral würde entstehen. Was allerdings sicher ist, muß hier ebenfalls angemerkt werden. Es entsteht eine neue Abneigung gegen Deutschland, gegen Ausländer und eine neue Quelle für politische Radikalisierung.

Gefördert wird diese Situation vom neuen "deutsch-deutschen" Elend. Millionen Menschen haben den Realsozialismus erlebt; wenige haben ihn bewußt studiert, um ihn zu verändern. Bei der kritischen Wertung dessen sind die Deutschen aus dem Osten in historischen Vorteilen. Die Urteile über den Realsozialismus sind allerdings noch in der Minderheit, weil urteilen heißt, mit Sachkenntnis Entscheidungen treffen. In Mode ist, sich zu den Siegern der Geschichte zu zählen und immer schon alles besser gewußt und dagegen angekämpft zu haben. Es empfiehlt sich, sachlich und kritisch zu urteilen und sich damit wohltuend von den parasitären Auswüchsen in der gegenwärtigen deutschen Politik zu unterscheiden - wie auch von den alten und zunehmenden neuen Bewunderern der "Vorzüge des real existierenden Sozialismus". Das Elend im Beitrittsgebiet der Ostdeutschen ist groß, größer aber ist das Elend in den Köpfen der selbsternannten Obergutachter. Bei der

Aufarbeitung der Stärken und Schwächen unserer eigenen Geschichte stellt sich für uns Deutsche die Frage: Wann gelingt es den Deutschen, sich von selbst ernannten Göttern zu befreien?

Die makabre Situation wird durch die Ängste verstärkt, unter denen die Menschen im Osten leben. Das betrifft auch Politiker und Mitarbeiter an Hochschulen. Ängste verhindern, daß Tatsachenentscheidungen zur Begründung der Urteile herangezogen werden. Gerüchte werden über Personen verbreitet, die im Wege stehen. Für die neuen Karrieristen. Im Kampf um die simple berufliche Existenz stehen viele im Wege. Deshalb sind und werden in Ostdeutschland viele Gerüchte verbreitet, weil Gerüchte Sachverhalte betreffen, derer die Menschen sich Sorgen machen. Die Gerüchte über die Hochschullehrer aus der ehemaligen DDR sind für viele Zeitgenossen angenehm, da sie Spekulationen darstellen, mit denen man sich in der chaotischen Realität zurechtzufinden sucht. Sie sollen helfen, einer bedrohlichen Situation etwas Sinn zu geben. Das betrifft auch solche Verbreiter von Gerüchten, die von einer angeblichen Nachricht am stärksten in Unruhe versetzt werden. Gerade jene stark Betroffenen versuchen mit einer Strategie "Angriff ist die beste Verteidigung" die Verbreitung von Gerüchten gegen andere "erfolgreich" anzugehen. Je mehr Angst - ob schon vorhanden oder erst ausgelöst -, desto stärker sind die Verbreitungschancen in Medien und Politik. Es soll nicht nur das verschwinden, was ideologisch negativ durchsetzbar war, ökonomisch gescheitert ist bzw. politisch demoralisierend gewirkt hat. Die Revolution hat den Stalinismus überwunden und in ihrer nachrevolutionären Phase den Neostalinismus gezeugt. Jener ist auf dem Vormarsch. Bewährtes, Gewünschtes, Diskutables werden verwünscht, wenn die Betroffenen z.B. Mitglieder der SED waren.

Aus der "Sowjetzone" wurde die DDR, später wurden es fünf neue Länder. Der Volksmund nennt die BBZ, die bundesdeutsch besetzte Zone. Kein Lebensbereich in Stadt und Land, in den Betrieben und an den Hochschulen, der sich nicht bevormundet fühlt, an die Wand gedrückt ist. Gerade an den Hochschulen wird spürbar, daß die alten Bundesländer Deutschland waren und jenseits der Elbe nur die DDR zeitweilig existierte. Die Vereinigung der Hochschullandschaften ist weniger, als der Artikel 23 des Grundgesetzes erahnen läßt. Das "Beitrittsgebiet" wird bereinigt.

Ulbricht und Honecker waren abscheuliche Menschen. Jene, die im Lande blieben, konnten sie besser sein? Haben sie es besser verdient? Ausgenommen sind die

"Neu-Revolutionäre". Die Abwicklung an den ostdeutschen Hochschulen ist ein makabres politisches Geschäft. Es fehlt in Deutschland ein Nationalgefühl. Die Politiker vor Ort haben nur die Macht im Auge, ihre Abgesandten sehen, ob ein Geschäft zu machen ist. Die Regierung wickelt ab, die Opposition will wie immer viel mehr. Der Regierung geht alles zu langsam vonstatten und zu wenig automatisch. Der Opposition kostet die Vereinigung zu viel Geld. Alle wollen die Freiheit zum Null-Tarif, alle reden von Solidarität, keiner sieht einen Grund, sie auch einzufordern. Die Westdeutschen waren und sind die Freien und Reichen, die Ostdeutschen sind wieder zweite Klasse. An den Hochschulen wirken Kommissionen, um diesen Zustand landesweit zu verbreiten. Abwicklung, Evaluierung sind die Kategorien der erneuerten Zweitklassigkeit.

Quellen:

- (1) Arnulf Baring. In: "Die Zeit" vom 11.05.1991, S. 27
 (2) "Die Zeit" vom 01.02.1991, S. 9
 (3) "FAZ" vom 31.05.1991, S. 4



Prof. Dr. Albert Franke wurde am 15. Februar 1945 in Aken/Elbe geboren. Schulzeit von 1951 bis 1963 (Abitur an der Erweiterten Oberschule in Köthen). Lehrstudium am Pädagogischen Institut in Köthen/Anhalt. Lehrer für Biologie und Chemie. Versuch einer individuellen Reaktion auf die Breschnew-Doktrin seit dem Prager Frühling 1968. Studium der Philosophie 1969 bis 1974 an der Universität Halle. Interesse für Soziologie. Forschung zu Lebensweise und Sozialstruktur im Realsozialismus mit Studium marktwirtschaftlicher Theorien. Dissertation A und B (1978, 1982) zu soziologischen Themen; angewiesene Zuordnung zum Bereich "Wissenschaftlicher Kommunismus". Hochschullehrer seit 1983, Ordentlicher Professor seit 1986. Aufbau einer Lehrerbildungseinrichtung in Neubrandenburg, Mecklenburg-Vorpommern von 1987 bis 1989. Gründungsrektor (03. Oktober 1989) mit ersten Schritten zur Demokratisierung der Pädagogischen Hochschule Neubrandenburg. Übergabe des Amtes zum 01. September 1990. Durch den letzten Minister für Bildung und Wissenschaft der DDR als Hochschullehrer nicht abberufen. Mit dem Einigungsvertrag "abgewickelt" Angebote für freiberufliche Tätigkeit in der Privatwirtschaft. Bewerbung um eine ABM. Die Bewerbungen in alten Bundesländern chancenlos ("Östliche Geburt" mit Spätfolgen). Seit 25 Jahren verheiratet. Eine Tochter. Mutter und Tochter - Lehrerinnen für die Klassen 1 bis 4.

Nicht geeignete Personen für Öffentlichen Dienst

Der Antrag der CDU-Fraktion zur Drucksache 1/395 (1/139) "Ausschluß der Verantwortungsträger des vergangenen SED-Regimes vom Öffentlichen Dienst im Freistaat Sachsen als nicht geeignete Personen" (.), hat folgenden Wortlaut: "Der Landtag wolle beschließen:

1. Insbesondere die nachstehend genannten exponierten Funktionsträger des ehemaligen SED-Regimes, die vor dem 18.10.1989 solche Funktionen ausübten, können in der Regel im Öffentlichen Dienst nicht beschäftigt werden; jeder Fall muß dabei im einzelnen geprüft werden:

Ehemalige

- Politbüromitglieder
- ZK-Mitglieder (auch Kandidaten und leitende Mitarbeiter)
- Minister und Stellvertreter Staatssekretäre
- Hauptabteilungsleiter in den Ministerien
- Abgeordnete der Volkskammer vor dem 18.3.1990
- Mitglieder des Staatsrates
- Mitglieder der SED-Bezirksleitungen
- hauptamtliche Mitarbeiter von SED-Kreis- und Bezirksleitungen
- Mitglieder der Sekretariate der gleichen Leitungsebene
- Vorsitzende der Räte der Bezirke und Kreise und deren 1. Stellvertreter
- Mitarbeiter und Leiter der Abteilungen Inneres
- Direktoren für Kader und Bildung sowie Kaderleiter
- Kommandeure der Kampfgruppen und Politstellvertreter
- Leiter der Abteilungen Sicherheit
- Bezirksschulräte und deren 1. Stellvertreter
- Kreisschulräte und deren 1. Stellvertreter sowie Schulinspektoren
- Rektoren und Prorektoren von staatlichen Hochschulen
- Dozenten für Marxismus/Leninismus
- hauptamtliche Mitarbeiter in den Stäben der Zivilverteidigung
- für MfS/AFNS der DDR Tätige
- Leiter der Abteilungen Internationale Beziehungen
- Oberbürgermeister und ihre 1. Stellvertreter
- hauptamtliche Parteifunktionäre im Staats- und Wirtschaftsapparat
- Leiter von militärischen Abteilungen
- hauptamtliche Vorsitzende und Sekretäre von Massenorganisationen
- hauptamtliche Mitglieder des Zentralrates der FDJ
- hauptamtliche Gewerkschaftsfunktionäre
- Kombinatdirektoren und deren Stellvertreter
- Direktoren und deren Stellvertreter von zentralgeleiteten Betrieben
- Politoffiziere
- leitende Mitarbeiter im Justizapparat und Strafvollzug
- leitende Mitarbeiter in Außenhandelsbetrieben
- leitende Mitarbeiter der Abteilung Kommerzielle Kooperation
- Botschaftspersonal und Personal anderer diplomatischer Vertretungen und Handelsvertretungen
- Richter und Staatsanwälte, die in die Überprüfung nicht einbezogen oder diese nicht bestanden haben
- Mitarbeiter aller Ebenen der KI und KII
- Mitglieder und Beauftragte der B-Struktur (Kader) des MfS
- hauptamtliche Mitarbeiter der ABI
- Armee- und Polizeioffiziere, die in die Überprüfung nicht einbezogen oder diese nicht bestanden haben

2. Darüber hinaus ist bei der nachstehenden Personengruppe jeweils besonders gründlich zu klären, ob sie sich durch ihr dienstliches oder berufliches Verhalten für eine Beschäftigung im öffentlichen Dienst disqualifiziert haben:

- Bezirksärzte
- Kreisärzte
- hauptamtliche Sportfunktionäre
- Zollbedienstete
- Mitarbeiter der Grenzkontrolle
- Leiter von VS-Stellen
- Funktionäre der Zivilverteidigung, Fachschuldirektoren, Direktoren der Institute der ehemaligen Akademie der Wissenschaften
- hauptamtliche Funktionäre der Nationalen Front"

Über diesen Antrag wird (.) im Landtag abgestimmt. Wie Dr. Dieter Reinfried dazu erklärte, handelt es sich bei der Aufstellung um keine "schwarze Liste"; die Regelung hätte auch keine Gesetzeskraft, sondern sei als "Orientierung" für diejenigen gedacht, die auf verschiedenen Ebenen des öffentlichen Dienstes für Personaleinstellungen verantwortlich sind. Gegen gültige Arbeitsverträge könne daher nicht vorgegangen werden.

Leipziger Volkszeitung vom 24.06.1991